

**Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 29.01.2018 im Alten Rathaus Münzenberg**

Tagesordnung:

1. **Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Bezug auf Verbesserungsmaßnahmen der Wasserqualität im Stt. Gambach** - Antrag der FWG Fraktion vom 25.09.2017
a) Beratung und Beschlussfassung
2. **Neuordnung und Befestigung der restlichen Parkflächen am Friedhof im Stt. Münzenberg** – Antrag der FWG Fraktion vom 25.09.2017
a) Beratung und Beschlussfassung
3. **Gestaltung und Sanierung der Wheed im Stt. Ober-Hörgern** – Antrag der CDU Fraktion vom 30.11.2017
a) Beratung und Beschlussfassung
4. **Abbauplanung der Firma Buss-Basalt** – Antrag der CDU/SPD Fraktion vom 30.11.2017
a) Beratung und Beschlussfassung
5. **Haushalt 2018 mit Investitionsprogramm**
a) Beratung und Beschlussfassung

Anwesend / abwesend:

(entschuldigt = „e“, unentschuldigt = „u“)

Magistrat:

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer
Erster Stadtrat Alexander Heise
Stadträtin Cornelia Scheurich
Stadtrat Carsten Bolz „e“
Stadtrat Karl Heinz Alles
Stadtrat Hagen Vetter
Stadtrat Klaus Ohly „e“
Stadtrat Ernst Peter Wirth

Haupt- und Finanzausschuss

Harry Prockl – Vorsitzender
Gerold Müller
Michael Brückel
Wolfgang Klein
Armin Schaback

Außerdem anwesend: Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner,
Fraktionsvorsitzender Roland Berg, Stadtverordnete Ina Wendel, Kurt Reuhl und Wilfried Bender

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr

Ende der Sitzung: 22.30 Uhr

Schriftführer: Manfred Müller

Der Ausschuss war durch Einladung vom 09. Januar 2018 unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen. Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Harry Prockl eröffnet die Ausschusssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung keine Einwände erhoben wurden. Die Ausschüsse sind nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Zu TOP 1:

Stadtverordneter Müller (CDU-Fraktion) erklärt, dass von Seiten seiner Fraktion keine Unterstützung zu diesem Antrag erfolgt. Die Problematik der Wasserqualität ist schon seit vielen Jahren im Gespräch und es wurde in einem Bürgerentscheid keine Mehrheit für eine zentrale Enthärtungsanlage erzielt.

Bgm'in Dr. Tammer erläutert, dass es bei dem Antrag um die Prüfung geht, ob die städtischen Wässer ggf. mit Wasser der OVAG oder der Mittelhessischen Wasserversorgung gemischt werden könnte. Hierfür sind Mittel für die Untersuchung dieser Wässer erforderlich.

Stadtverordneter Prockl signalisiert die Unterstützung des Antrages hinsichtlich der beantragten Planungskosten von 10.000 €.

Der Ausschuss empfiehlt abschließend der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag mit **3 gegen 2 Stimmen** anzunehmen.

Zu TOP 2:

Bgm'in Dr. Tammer erklärt für den Magistrat, dass nach einer Kalkulation des Bauhofes etwa 10.000 € für die Pflasterung des restliche Parkplatzes erforderlich werden. Die Ausführung erfolgt durch den Bauhof.

Die Fraktionen sind mit dieser Lösung einverstanden und beschließen zum Teilhaushalt Friedhöfe die Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen um 10.000 € **einstimmig**.

Zu TOP 3:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird besprochen und es wird **einstimmig** festgelegt, dass zunächst 5.000 € zusätzlich an Planungskosten im Teilhaushalt Park- und Gartenanlagen eingestellt werden sollen. Die Planung soll im ersten Halbjahr 2018 dem Stadtparlament vorgelegt werden.

Stadtverordneter Müller (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass bei der Planung der Maßnahme auch der Anlieger Peter Alles hinsichtlich des Abflusses aus der Weehd hinzugezogen werden soll.

Zu TOP 4:

Bgm'in Dr. Tammer erklärt zu dem Antrag der CDU- und SPD-Fraktion, dass der Magistrat der Auffassung ist, dass im vorliegenden Haushalt 2018 ausreichend Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt eingeplant sind. Von Seite der Betreiberfirma liegen keine Anträge auf Zulassungen von Betriebsplänen vor.

Weiterhin wird dargestellt, dass die geplante Abbaufäche im bestehenden Flächennutzungsplan ausgewiesen ist und dass die städtischen Gremien dieser Ausweisung im Rahmen der Beratung des Flächennutzungsplanes im Jahr 2009 zugestimmt haben. Unabhängig davon handelt der Magistrat nach den Beschlüssen des Stadtparlamentes im Rahmen des gerichtlichen Vergleiches mit der Fa. Buss-Basalt und dem Land Hessen vom 20.07.2000.

Die Antragssteller erklären, dass mit dem Antrag ein Zeichen gesetzt werden soll und dieser aufrechterhalten wird.

Die Abstimmung zu dem Antrag ergab, dass dem Stadtparlament mit **3 gegen 1 Stimme, bei 1 Enthaltung**, die Annahme empfohlen wird.

Zu TOP 5:

Von Seiten der CDU- und SPD-Fraktion wird darum gebeten, dass die der Internen Leistungsverrechnung der Verwaltungskostenumlage zugrundeliegende Statistik spätestens im Jahr 2019 erneut erhoben werden soll.

Nach kurzer Aussprache wird dies von Seiten des Magistrats zugesagt.

Stadtverordneter Müller bittet zum Bereich der internen Leistungsverrechnung darum, dass in den Erläuterungen zu den Teilhaushalten darauf hingewiesen werden soll, wie sich die Verrechnungen zusammensetzen (Bauhof und Verwaltungskosten; ggf. auch Aufteilung auf Kostenstellen).

Ergebnishaushalt

Bgm'in Dr. Tammer bittet darum im Soziale Hilfen Mittel für die beschlossene **Nachbarschaftshilfe** von 3.000 € zusätzlich bereit zu stellen. Dem wird **einmütig entsprochen**.

Stadtverordneter Prockl beantragt für die SPD-Fraktion, dass im Bereich der **Jugendhilfe** die Nutzerbeiträge für Veranstaltungen (Ferienspiele / Jugendfreizeiten) auf das Niveau des Jahres 2013 gesenkt werden. Der Antrag wird mit den zurückgehenden Nutzerzahlen begründet. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache **bei Stimmgleichheit und einer Enthaltung abgelehnt**.

Die Fraktionen der SPD und der CDU beantragen für die veranschlagten Sach- und Dienstleistungen im **Teilhaushalt Sportplätze** einen **Sperrvermerk**. Die Ausgaben für die Renovation des Hartplatzes sollen erst dann freigegeben werden, wenn von Seiten der Fußballvereine ein Konzept über den zukünftigen Bedarf an Sportstätten gemeinsam mit den städtischen Gremien festgelegt ist. Auf die mögliche Beratung durch den Landessportbund wird hingewiesen.

Beschluss: **einstimmig zur Annahme** empfohlen.

Investitionsprogramm

Von Seiten der Finanzverwaltung wird eine kurze Info über die Eckpunkte des Investitionsförderprogrammes aus der Hessenkasse gegeben. Der Magistrat wird hierzu eine gesonderte Vorlage ausarbeiten.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Erweiterung der Kinderbrücke**“ wird auf Antrag der CDU-Fraktion mit **4 Stimmen, bei einer Enthaltung, ein Sperrvermerk beschlossen**. Der Magistrat soll Unterlagen über den entsprechenden Platzbedarf vorlegen.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Mehrgenerationenspielplatz am Hochzeitswald**“ wird auf Antrag der CDU-Fraktion mit **4 Stimmen, bei einer Enthaltung, ein Sperrvermerk** beschlossen. Der Magistrat soll Unterlagen zu der vorgesehenen Beschaffungsmaßnahme vorlegen.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Feldwegesanieerung in den Wingerten**“ wird auf Antrag der SPD-Fraktion **einstimmig ein Sperrvermerk** beschlossen. Der Magistrat soll Unterlagen über die geplanten Maßnahmen vorlegen. Von Seiten der Finanzverwaltung wird erläutert, dass derzeit auch noch geprüft wird, ob für diese Maßnahme Zuschüsse beantragt werden können.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Investition Rathaus Münzenberg (Fahrstuhleinbau)**“ wird auf Antrag der SPD-Fraktion **einstimmig** beschlossen, dass auch zum **Rathaus Gambach** und zum **Kulturhaus Alte Synagoge** untersucht werden soll, ob Maßnahmen zur Barrierefreiheit möglich sind. Der Haushaltsansatz wird für 2018 auf 5.000 € reduziert.

Zu den eingestellten Planungskosten für das **Bürgerhaus Gambach** wird festgelegt, dass die angeforderten Untersuchungen und Lösungsvorschläge zeitnah, spätestens aber bis zur Jahresmitte 2018 vorgelegt werden sollen.

Zu der geplanten Maßnahme einer „**Grillhütte im Stt. Münzenberg**“ wird festgehalten, dass die in 2014 veranschlagten 10.000 € Planungskosten als Haushaltsreste fortgeschrieben werden sollen.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Mehrfamilienhaus – Sozialer Wohnungsbau**“ wird auf Antrag der CDU-Fraktion mit **4 Stimmen, bei einer Enthaltung, ein Sperrvermerk** beschlossen. Der Vorgang befindet sich in der Ausschussberatung.

Zu der vorgesehenen Maßnahme „**Zuschuss an Hospitalfonds**“ wird auf Antrag der CDU-Fraktion **einstimmig ein Sperrvermerk** beschlossen. Der Magistrat soll Unterlagen zu diesem Fördervorhaben vorlegen.

Stellenplan

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird **einstimmig** beschlossen, dass die Stellen in Entgeltgruppe 9 zukünftig differenziert dargestellt werden sollen.

Abschließend wird der Ergebnishaushalt, das Investitionsprogramm, der Stellenplan und die Haushaltssatzung mit den jeweils beschlossenen Änderungen einstimmig zur Annahme empfohlen.

Münzenberg, 30. Januar 2018

Manfred Müller
Schriftführer

Harry Prockl
Ausschussvorsitzender HFA